

V-12

Antragsteller*innen: Kathrin Henneberger u.a.

Gegenstand: TOP 10: Verschiedenes

GEGEN DEN IMPORT VON BLUT-STEINKOHLE. FÜR MENSCHENRECHTE UND KLIMAGERECH- TIGKEIT.

1 Im Jahr 2018 wird die letzte Steinkohlezeche in NRW schließen. Genutzt wird die Steinkoh-
2 le jedoch weiterhin bei der Stahlindustrie und bei der Gewinnung von Wärme und Strom.
3 Deutschland importiert schon lange den Großteil der Steinkohle. Importiert wird sie –
4 auch als „Blutkohle“ von Akteuren der Zivilgesellschaft bezeichnet – aus den unterschied-
5 lichsten Regionen der Welt, die eine Gemeinsamkeit haben: Die Abbaubedingungen sind
6 menschenunwürdig, die Gewässer und Böden werden vergiftet, die lokale Bevölkerung
7 wird mit Zwang umgesiedelt und Menschenrechts- sowie Umweltaktivisten sind aggress-
8 siven Repressionen ausgesetzt.

9 Besonders problematisch sind die Abbaubedingungen beispielsweise in Südafrika und Ko-
10 lombien: Im südafrikanischen Steinkohlegebiet „Mpumalanga“, ehemalige Partnerregion
11 von NRW, sickert mit Schwefelsäure und Schwermetallen belastetes Grubenwasser in Flüs-
12 se, Seen und Grundwasser. Besonders Kinder sowie Menschen ohne oder mit geringen
13 Zugang zu medizinischer Versorgung leiden unter den Auswirkungen des verunreinigten
14 Wassers und der belasteten Luft. Im Nordosten von Kolumbien, in der Region „La Guaji-
15 ra“, verschärft der dortige Steinkohle-Tagebau ebenfalls massiv die Wasserknappheit der
16 Region. Der Grundwasserspiegel sinkt und die Oberflächengewässer sind aufgrund des
17 Schadstoffeintrages belastet. Für den Steinkohletagebau wird die lokale Bevölkerung, wie
18 die indigene Bevölkerung der Wayuu, zwangsumgesiedelt. Der dortige Kohleproduzent
19 Cerrejón beliefert unter anderem das deutsche Energieunternehmen RWE.

20 **Für Transparenz über die Abbaubedingungen & für die bedingungslose Wahrung der Men-**
21 **schenrechte.**

22 Wir GRÜNE NRW fordern die Unternehmen dazu auf, transparent über die Abbaubedin-
23 gungen von Steinkohle und deren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt außerhalb

24 von Deutschland aufzuklären und Verantwortung zu übernehmen: Verletzungen der Men-
25 schenrechte dürfen nicht länger geduldet und verschwiegen werden. Bei Auslandsgeschäf-
26 ten müssen deutsche Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkom-
27 men. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müssen verbindlich umge-
28 setzt werden. Freiwillige Initiativen der Industrie wie bettercoal oder die Corporate-Social-
29 Responsibility-Grundsatzerklärung der deutschen Kohlenimporteure sind nicht geeignet,
30 eine substantielle Verbesserung in den Abbauregionen zu erreichen, sondern sind Feigen-
31 blätter, um die Politik von wirksamen Maßnahmen, wie einem Ausstieg aus der Kohlever-
32 stromung, abzuhalten.

33 Die Landesregierung fordern wir auf, die Probleme, welche die Kohleverstromung bei uns
34 in den Abbauregionen verursachen, nicht länger zu ignorieren, sondern als einen gewich-
35 tigen Grund für einen Kohleausstieg anzuerkennen.

36 Die Abbaubedingungen, Förderung und der Transport von fossilen Energien und von Uran
37 gefährdet in vielen Gebieten unserer Erde die Ökosysteme, die Verfügbarkeit von sauberem
38 Wasser und die Gesundheit der lokalen Bevölkerung. Besonders indigene Gemeinschaften
39 sind von den negativen Auswirkungen sowie von Landnahmen und Repressionen betrof-
40 fen.

41 Die GRÜNEN NRW streiten deshalb nicht nur für einen Kohleausstieg in Deutschland. Auch
42 um international konsequenten Klimaschutz umzusetzen, der eine Erwärmung der globa-
43 len mittleren Temperatur um mehr als 1,5 Grad verhindert, brauchen wir eine weltweite
44 Abkehr von fossilen Energien und Atomkraft.

45 Wir verstehen uns als parlamentarischen Partner einer breiten globalen Bewegung, die für
46 Klimagerechtigkeit streitet. Solidarisch stehen wir mit den Akteuren der Zivilgesellschaft,
47 mit Menschenrechts-, Klima- & Umweltaktivist*innen sowie den Gemeinschaften der in-
48 digenen Bevölkerung, die sich in ihren Regionen gegen den Abbau und Förderung fossiler
49 Rohstoffe stellen und für Klimaschutz auf die Straße gehen.

Begründung

Mündlich

Antragsteller*innen

Kathrin Henneberger, KV Köln

Pegah Edalatian, KV Düsseldorf

Berivan Aymaz, KV Köln

Max Lucks, KV Bochum

Andrea Bauer, KV Bonn

Hans Schwanitz, KV Köln

Dr. Frithjof Schmidt, KV Bochum

Sven Lehmann, KV Köln

Oliver Krischer, KV Düren

Wibke Brems, KV Gütersloh

Julian Schönbeck, KV Düsseldorf

Sandra Schneeloch, KV Köln

Frank Jablonski, KV Köln

Mona Neubaur, KV Düsseldorf

Felix Banaszak, KV Duisburg

Michael Röls, KV Dortmund

Sebastian Klick, KV Aachen

Robert Schallehn, KV Köln

Can Erdal, KV Gütersloh